

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einheit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigepaltene Beilage oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2760.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsüberlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Der Lohnzahlungstag. Ueber die Lage der Arbeiter. — Wirtschaftlich-soziale Mundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Geschichtliches über das deutsche Maurer-Handwerk. — Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1891. — Die Müllereibewegung in Dänemark. — Aus Desterreich. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Literarisches. — Briefkasten.

Der Lohnzahlungstag.

Im wirtschaftlichen und sozialen Leben des Arbeiters spielt bekanntlich der Lohnzahlungstag eine überaus wichtige Rolle. Da wird ihm von dem Mehrerwerb, den er geschaffen hat innerhalb einer bestimmten Periode, der Theil, mit welchem seine Arbeitskraft vom Unternehmer bezahlt wird. Der Lohn soll den Arbeiter in den Stand setzen, sich und seiner Familie wenigstens die unumgänglich nöthigsten Existenzmittel zu gewähren. Auf den Lohn harret er, harren seine Angehörigen und — in den meisten Fällen auch Gläubiger, die ihm während der Arbeitsperiode geborgt haben, was er gebraucht, und nun auf Bezahlung warten.

Da ist ganz naturgemäß der Tag und die Tageszeit, zu welcher die Lohnung erfolgt, von großer Bedeutung. In der Regel werden, wie alle sonstigen Bedingungen im sogenannten „freien“ Arbeitsvertrag, Tag und Tageszeit der Lohnzahlung völlig einseitig vom Unternehmer festgesetzt. Doch ist dabei in den meisten Fällen das alte Herkommen maßgebend, den Lohn am Sonnabend gegen oder nach Schluß der Arbeitszeit auszuzahlen. Nur die Fristen dafür sind sehr verschiedene. Während man in den Baugewerben und anderen handwerksmäßigen Betrieben an der wöchentlichen Frist festzuhalten pflegt, hat man in der Großindustrie, auch in Staatsbetrieben, schon vielfach die vierzehntägige, ja einmalige Frist eingeführt. Neben-letzteren gehen häufig sogenannte „Abschlagszahlungen“, welche wöchentlich oder einmal im Monat geleistet werden.

Die Frage, innerhalb welcher Fristen, an welchem Tage und zu welcher Tageszeit die Lohnzahlung am „zweckmäßigsten“ für die Arbeiter einzurichten sei, beschäftigt seit Jahren die Vertreter der kapitalistischen Interessen, wie andererseits die Arbeiter selbst nach Maßgabe ihrer berechtigten Interessen derselben gebührende Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Das Unternehmertum und seine Bundesgenossen verläugnet auch in dieser Frage seinen Grundsatz, die Arbeiter nach Möglichkeit zu bevormunden, nicht. In kapitalistischen Organen, wie überhaupt in der Presse der herrschenden Klassen, nicht minder in den Berichten der Fabrikinspektoren finden sich zahlreich Abhandlungen, in denen das Bevormundungsgelüste zum Ausdruck kommt. Da heißt es, die Lohnzahlung am Sonnabend sei nicht rätlich, weil sie den Arbeiter nur zu leicht „verleite“ oder in den Stand setze, „einen großen Theil ihres Verdienstes am Sonntag zu vergeuden“, sich „übermäßigen Vergnügungen, der Trunkenheit, der Spielsucht und sonstigen Lasten zu ergeben.“ Abgesehen davon, daß der Arbeiter so gut wie jeder andere Mensch, besugt ist, sein Eigentum zu gebrauchen, zu verbrauchen und, soweit die Gesetze es zulassen, auch zu mißbrauchen, muß

konstatirt werden, daß das Lamento über „den Hang der Arbeiter zum Leichtsinne, zur Lieberlichkeit und Vergeudung“ auf die große Mehrzahl der Arbeiter nicht zutrifft. Von rein menschlichen und hygienischen Standpunkten aus mißbilligen und bekämpfen auch wir in Gemeinschaft mit dem besten Theil des Arbeiterstandes alle einen wüsten, unklugen Treiben dienenden Gelbtausgaben. Der Arbeiter soll seine Bedürfnisse, seine Genüsse, seine Erholungen veredeln; aber wir verbinden mit diesem Bestreben nicht die Absicht, den Arbeiter anzuhalten, jene sogenannte „Sparsamkeit“ zu üben, welche die Apostel des kapitalistischen Interesses ihm als den Urgrund aller „wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt“ lehren. Die Tendenz dieser Lehre geht dahin, im Arbeiter das Verlangen nach besserer Bezahlung seiner Leistungen nicht aufkommen zu lassen; er soll möglichst „genügsam“ und mit dem möglichst Wenigsten an Lohn zufrieden sein, damit der Unternehmer-Profit desto größer ausfalle und der Arbeiter durch Forderung höherer Löhnes „die Industrie nicht beunruhige.“

Ganz dieselbe Tendenz hat auch der in „sittliche Erwägungen“ fein säuberlich eingehüllte Vorschlag, die Lohnzahlung nicht am Sonnabend, sondern an einem anderen Wochentage, wo der Arbeiter dem Arbeitszwange zu gehorchen hat, vorzunehmen. Es ist eine infame Verleumdung der Arbeiterchaft, aus dem schlechten Beispiel, welches verhältnismäßig nur sehr, sehr Wenige geben, Vorwürfe der in Rede stehenden Art gegen die Gesamtheit herzuleiten. Die Arbeiter haben ein heiliges Recht, nach sechstägiger Mühlerlei am Sonntag sich der Erholung, dem Vergnügen hinzugeben. Durchweg sind die Mittel, welche sie dafür aufwenden können, doch nur äußerst geringe, besonders, wenn Familienmitglieder dabei mit in Betracht kommen. Im Allgemeinen ist die Kunst, „mit Wenigem hauszuhalten“, in den Arbeiterkreisen außerordentlich viel höher entwickelt, als die Moralprediger der „besseren Gesellschaft“ zugeben wollen.

Die mitgetheilten Gründe für Verlegung der Lohnzahlung vom Sonnabend auf einen anderen Werktag sind völlig hinfällig. Arbeiter, die wirklich leichtsinnig oder lieberlich sind, lassen erfahrungsgemäß dadurch, daß sie ihren Lohn am Montag statt am Sonnabend erhalten, sich nicht bestimmen, ihren schlechten Neigungen zu widerstehen.

Grundsätzlich haben die Arbeiter an der Lohnzahlung zum Sonnabend festzuhalten. Es ist zuzugeben, daß örtliche Verhältnisse und Verkehrseinrichtungen die Lohnzahlung am Freitag Abend rechtfertigen können; z. B. da, wo am Sonnabend Morgen der sogenannte „Wochenmarkt“ gehalten wird. Es ist unleugbar von Vortheil, wenn die Frau des Arbeiters im Stande ist, am Sonnabend Morgen ihre Einkäufe auf dem Markte zu machen, statt daß sie am Sonnabend Abend oder Sonntag Morgen auf den vertheuernden Zwischenhandel angewiesen ist.

In großen Städten, wie in Berlin, Hamburg u. dgl. dieser Grund nicht gerade von einer ausschlaggebenden Bedeutung, weil die Verkehrsverhältnisse da ganz andere sind. Lassen wir

also den Freitag unter der gegebenen Voraussetzung als Lohnzahlungstag zu, während wir im Uebrigen am Sonnabend festhalten und jeden anderen Werktag entschieden verwerfen. Daß von der Lohnzahlung am Sonntag Morgen — ein, besonders im Kleinhandwerk noch sehr verbreitetes Unwesen — nichts zu halten ist, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen.

Die Böhmerische „Sozial-Korrespondenz“ wirft die Frage auf: „Ist der Sonnabend als Lohnzahlungstag bei der Sonntagsruhe noch haltbar?“ Sie schreibt dazu:

„Im Interesse des Arbeiterstandes selbst ist vor allem die alte Forderung einer Verlegung der Lohnzahlung vom Sonnabend auf einen anderen Tag, vielleicht auf den Freitag, nun von neuem und mit erneuter Kraft zu erheben. Nachdem durch das ganze Reich der Sonntagsverkehr im Handelsgewerbe auf fünf Stunden höchstens beschränkt worden ist, ist die Zeit von Sonnabend Abend und Sonntag Morgen noch viel ungeeigneter zur Beforgung der nöthigen Einkäufe geworden als früher. Und vollends gilt dies da, wo durch Ortsstatut oder Landespolizeigesetzgebung (so in Sachsen) der Verkehr noch weiter eingeschränkt worden ist, so daß z. B. außer Lebensmitteln am Sonntag überhaupt nichts zu haben ist. In den größeren Städten liegt die Wohnung oft weit von dem Beschäftigungsorte des Arbeiters entfernt. Die Frauen sind aber oft gezwungen, mit dem Geld, welches sie erst am Sonnabend Abend erhalten, am selben Abend noch ihre Haupteinkäufe zu machen. Natürlich kann das dann nur in größter Hast geschehen; es kann nicht mehr die vortheilhafteste, sondern nur die nächste Einkaufsquelle aufgesucht werden. Die Lebensmittel für den Sonntag und Montag können nicht auf dem Markt, sondern müssen aus dritter und vierter Hand bezogen werden; die Wäden sind überfüllt, von einem Prüfen oder Wähen der Waaren ist dann keine Rede mehr; außerdem kann der Verkäufer die Zwangslage des Arbeiters zu seinem Vortheil ausnützen.“

Auch die in den Geschäften angestellten Verkäufer und Verkäuferinnen leiden hierunter. Spät erst können sie die Geschäfte schließen und haben dann oft bis Mitternacht und länger damit zu thun, die durchwühlten Waaren wieder in Ordnung zu bringen.“

Wir haben die Lohnzahlung am Freitag unter Verhältnissen, wie sie auch die „Sozial-Korrespondenz“ erwähnt, zugegeben. Aber wir kommen in der Hauptsache doch zu einem anderen Resultat, wie jenes Organ. In allen Großstädten, wo ein um Mittag schließender Wochenmarktverkehr nicht zu berücksichtigen ist, kann der Sonnabend als Lohnzahlungstag beibehalten werden; nur soll die Zahlung nicht Abends erfolgen. Nach unserem Dafürhalten muß in Konsequenz der Sonntagsruhe eine Einrichtung getroffen werden, die in England längst besteht: Die Sonntagsruhe für die Arbeiter hat am Sonnabend Mittag zu beginnen. Zu dieser Zeit hat der Arbeiter seinen Lohn zu empfangen. Dann können von den Meisten die Einkäufe bis zum Abend ohne Schwierigkeiten gemacht werden. Der Arbeiter bedarf dieses

halbten Tages vor dem gesetzlichen Ruhetage, um letzteren wirklich voll genießen zu können.

Zur Frage der Länge der Lohnfristen äußert sich in den neuesten Berichten der Fabrikinspektoren der Aufsichtsbeamte für den Lappener Bezirk wie folgt:

Die Einführung kürzerer Lohnfristen wird durch das zeitraubende Abrechnungswesen, welches die Affordarheit im Gefolge hat, erschwert. Auf den meisten Werken ist es deshalb immer noch üblich, monatlich, und zwar um die Mitte des Monats, für den vorausgegangenen Monat, zu lohnen und am Ende des Monats eine Vorschusszahlung auf den in dem abgelaufenen Monat verdienten Lohn zu gewähren. Vielfach sind zwei und drei derartige Vorschusszahlungen eingeführt worden. Eine vierwöchentliche Vöhnung mit einmaliger Vorschusszahlung läßt sich meines Erachtens mit Rücksicht auf die Gewohnheiten der hiesigen Bevölkerung nicht als zweckmäßig und den Bedürfnissen entsprechend bezeichnen. Es hat nicht nur für den oberschlesischen Arbeiter, sondern auch für andere Menschen Schwierigkeiten, die ihnen für einen größeren Zeitraum zustießenden Einnahmen hausälterisch zu verwerten. Acht tägliche Vöhnungen entsprechen gleichfalls nicht dem Interesse des Arbeiters, und zwar aus dem Grunde, weil er dann zu keiner Zeit so viel Geld in die Hände bekommt, daß er die monatliche Miete oder in größeren Zeiträumen wiederkehrende Ausgaben für Beschaffung von Kleidungsstücken u. dgl.) ohne Schwierigkeit leisten kann, wenn er nicht gerade besonders sparsam ist. Hingegen entspricht es den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Gepflogenheiten des Arbeiters, wenn er einmal monatlich eine größere Summe Geldes und zwei bis drei Mal einen kleineren Betrag, der für die Beschaffung der täglichen Bedürfnisse ausreicht, in die Hände bekommt. Monatliche Vöhnung mit zwei bis drei Vorschusszahlungen ist deshalb meines Erachtens diejenige Vöhnungsart, die den Interessen der Arbeiter am meisten entspricht. Die vierwöchentliche Abrechnung erspart den Industriellen nicht nur Arbeit, sondern sie ist auch ein gelindes Hinderniß für eine übertriebene Freizügigkeit. Wenn es auch im Interesse des Arbeiters liegt, daß ihm die Möglichkeit gesichert bleibt, seine Arbeitskraft möglichst ungehindert da zu verwerthen, wo sie ihm am besten bezahlt wird, so hat doch der häufige Übergang von einem Werke zum anderen nicht nur wirtschaftliche Nachteile für den Arbeiter, sondern er ist auch hinderlich für die Entwicklung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und geeignet, Unfälle herbeizuführen, da die Unfallgefahr für einen Arbeiter in einem Betriebe, wo er so zu sagen zu Hause ist, weniger groß ist, als in einem fremden.

Diese Aeußerungen geben offenbar die Ansichten der Unternehmer wieder. Hätte der Aufsichtsbeamte sich bemüht, die Ansichten der Arbeiter genau kennen zu lernen, so dürfte er in der Lage sein, ein richtigeres Urtheil abzugeben. Es ist geradezu unerhört, im Unternehmerinteresse das „zeitraubende Abrechnungswesen“ als Grund für die Vöhnungsfristen geltend zu machen und für eine „Arbeiterparniss der Industriellen“ einzutreten. Um der Bequemlichkeit des Unternehmers willen soll monatliche Vöhnung stattfinden. Unabgesehen davon, daß die „Vorschusszahlungen“ bewilligt!

Erfahrungsgemäß bedingen längere Lohnfristen den Uebelstand, daß der Arbeiter (besonders der, welcher eine starke Familie zu ernähren hat) dem ruinösen Borgsystem verfällt. Durchweg reicht die Vöhnung des Arbeiters nur, oder kaum dazu aus, die täglichen Bedürfnisse zu bestreiten. Wo soll dann da die „größere Summe“ herkommen, die nach dem Vorschlage des Doppelner Gewerbe-Aufsichtsbeamten monatlich dem Arbeiter ausbezahlt werden soll, nachdem er das Geld zur „Bestreitung der täglichen Bedürfnisse“ im Laufe des Monats schon erhalten hat?

Wenn der Arbeiter seinen Lohntheil an dem Mehrverth, den er schafft, eine Woche kreditirt, so ist das gerade lange genug. Hauptsächlich müssen die Arbeiter an wöchentlich Vöhnung festhalten. Die Auszahlung größerer Summen in längeren, besonders monatlichen Fristen hat, wie die Erfahrung lehrt, leicht die Wirkung, ökonomisch ungebildete Arbeiter zu

täuschen über das Verhältniß der Werthe ihrer Arbeitskraft zum Kapital. Vier Wochen Arbeitslast gehen bald herum. Und dann die „große Summe“, welche die Augen der ökonomisch ungebildeten blendet. Ja, das ist ganz etwas anderes, als ein Wochenlohn! Wir behaupten, und die Erfahrung bestätigt das: Je länger die Vöhnungsfrist, je ergiebiger die Ausbeutung des Arbeiters; je erfolgreicher der Versuch, sein Arbeitereinkommen herabzudrücken. Bei wöchentlich Vöhnung ist der Arbeiter in der Lage, jeden Sonntag etwas auf Vergnügen und Erholung zu verwenden. Bei monatlicher Vöhnung aber bleiben ihm in der Regel nur zwölf Sonntage im Jahre. Die Ausgaben für die übrigen Sonntage „spart“ er aber nicht für sich, sondern für den Unternehmer, der bei der Lohnfestsetzung mit solcher „Ersparnis“ in seinem Interesse zu rechnen versteht und dementsprechend den Lohn zu verkürzen bestrebt ist.

Das Unerhörteste aber ist, daß der Doppelner Aufsichtsbeamte sich unterfangt, die monatliche Vöhnung noch besonders als „gelindes Hinderniß“ für eine übertriebene Freizügigkeit zu empfehlen. Mit anderen Worten: die Arbeiter sollen durch Lohnvorenthaltung mindestens vier Wochen an den Unternehmer gefesselt sein. Selbst ein liberales Blatt, die „Voss. Ztg.“, meint zu diesem Vorschlage:

„Wenn der Aufsichtsbeamte, der auch den Arbeitern als Vertrauensperson gelten soll, in dieser Weise über die Rechte sich äußert, die den Arbeitern gesetzlich zustehen, dann kann man sich nicht wundern, daß in Arbeiterkreisen diesen Beamten noch immer kein volles Vertrauen entgegengebracht wird.“

Gegenüber derartigen Tendenzen ist es insbesondere Pflicht aller aufgeklärten, ökonomisch gebildeten Arbeiter, auch in der Lohnungsfrage die berechtigten Interessen ihres Standes mit vollem Nachdruck zu vertreten.

Ueber die Lage der Arbeiter

finden sich in den hieben erschienenen Jahresberichten der drei hiesigen Gewerbeverbände für 1891 beachtenswerthe Mittheilungen.

In keinem Berichte kann eine Aufbesserung der Lohnverhältnisse festgestellt werden; nur örtlich und für einzelne Industriezweige sind vereinzelt Lohnerhöhungen vorgekommen. Der Beamte für E. S. und Westpreußen führt aus, daß solche Lohnaufbesserungen „nicht in gleichem Maße Schritt gehalten haben mit der Vertheuerung der Lebensmittel, so daß in einigen Bezirken, wo das Endergebniß geradezu schlecht war, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung sich zu einer wenig günstigen gestaltete; besonders unangenehm machte sich der Mangel an Kartoffeln geltend, des Nahrungsmittels, das sonst in hiesiger Provinz wegen seiner Billigkeit für die kleinen Haushaltungen die größte Bedeutung hat.“ „Ich habe“, schreibt der Beamte, „gewöhnliche Tagelöhner gesprochen, die behaupteten, seit Monaten nur minderwertige Kartoffeln genießen zu haben, Fleisch überhaupt nicht und Brod nur an Sonntagen. Man konnte die Beschäftigung ihrer Auslagen in ihrem Aussehen und ihrer schlaffen Körperhaltung finden.“ Ein gleichwertiges Gegenstück dazu bietet folgende Stelle in dem Berichte aus der Provinz Hannover: „Von Interesse für die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung dürften folgende von der Direction der hannoverschen Kunsthändlergesellschaft zu Linden, der alleinigen Konsumtion der Knochenproduktion von Hannover und seiner nächsten Umgebung, mitgetheilte Zahlen sein. Danach betrug die Menge der Schlächterknochen im Jahre 1888: 9103 Ztr., 1889: 9250 Ztr., 1890: 8484 Ztr. und 1891: 8509 Ztr. und daneben die Menge der Knochen aus Pferdeschlächtereien 1888: 716 Ztr., 1889: 662 Ztr., 1890: 660 Ztr. und 1891: 1665 Ztr. Die Gesamtsumme zeigt eine geringe Zunahme, während die Schlächterknochen der Hind, Kalb- und Hammelschlächtereien abnehmen, dagegen die Pferdeknochen in den 4 Jahren um mehr als das Doppelte zunehmen.“ Hier handelt es sich ebenfalls um eine Provinz, in welcher die durch Getreidezölle geschützte Landwirtschaft die Industrie übertrug.

Die Freunde der Getreidezölle behaupten immer, daß den Arbeitern, wenn sie nur hohe Löhne haben, die hohen Lebensmittelpreise gleichgültig sein könnten. Dem gegenüber ist aus dem Berichte für die Regierungsbezirke Breslau-Vergnig folgende Stelle anzuführen: „Mehr als Erhöhung der Löhne förderte die wirtschaftliche Lage der Arbeiter das Sinken der Preise der Lebensmittel, welches, wenn auch vorläufig nur schwach, gegen Ende des Berichtsjahres zu bemerken war.“ Aus anderen

Bezirken wird hervorgehoben, daß die Theuerung der Preise des Getreides, des Brotes, der Kartoffeln und auch der Feuerungsmaterialien für die Arbeiter sehr drückend war.

Daß die niedrigen Löhne mit der schlechten Lage der Industrie im Zusammenhang standen, ist selbstverständlich. Ein anderer Beweis für die schlechte Lage einzelner Industriezweige ist die Vermehrung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die billiger zu haben sind, und die Ueberführung mancher Arbeiten in die Hausarbeit. Die Anfertigung von Handhohlschachteln, Päten, Kartonagen, Zigaretten und Konfektionsartikeln in der Hausarbeit hat zugenommen. Die Hausarbeit ist billiger, weil sie alle Kräfte der Familie, auch die der jüngeren Kinder bei langer Arbeitszeit in Anspruch nehmen kann, während in den Fabriken die Gesetzevorschriften einer solchen Ausbeutung der Arbeitskraft einen Riegel vorziehen. Daneben wird aber in einzelnen Bezirken auch die Vermuthung ausgesprochen, daß die Vermehrung der Hausarbeit eine Folge der Invalidenversicherung sei. Die Unternehmer wollen sich auf diese Weise der Beitragspflicht entziehen.

Das ist möglich, dürfte aber wohl leicht durch eine genügende Aufsicht verhindert werden. Bedauerlicher aber ist es, daß man die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte in der Hausarbeit nicht hindern kann. Es bestehen ohnehin auf diesem Gebiete des Arbeiterthumes noch manche Mängel. Wenn auch einige Berichte hervorheben, daß die Aufsichtsbefugnisse der Ortspolizeibehörde nach dieser Richtung hin sich gemehrt habe, so kehren doch in vielen Bezirken die alten Klagen wieder, daß namentlich in den ländlichen Bezirken des Ostens die Ortsbehörden sehr nachlässig in dieser Beziehung sind, ja daß man vielfach die Meinung hat, die Ortsbehörden seien zu einer Aufsicht gar nicht berechtigt, sie würden mit einer solchen in die Zuständigkeit des Fabrikinspektors eingreifen. Auch auf diesem Gebiete kann man erst nach Durchführung der Umgestaltung der Gewerbeaufsicht eine durchgreifende Besserung erwarten. Gerade in den ländlichen Bezirken, in denen sich ganz isolirt Ziegeleien, Gruben u. s. w. finden, kommt es vielfach vor, daß jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren, ja Kinder noch 12 bis 14 Jahren 12-14, ja bis 16 Stunden an einem Tage beschäftigt werden, weil die erwachsenen Arbeiter bei drängender Arbeit, oder wenn die Temperaturverhältnisse die Arbeit zeitweise behindern, eine so lange Arbeitszeit im Interesse ihres Verdienstes sich selbst auferlegen.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Unfallversicherungs-Gesetz-Novelle. Offiziell wird geschrieben: „Die Beratungen über die durch den Minister v. Bütticher in Aussicht gestellte Novelle zum Unfallversicherungsgesetz werden gegenwärtig sehr eifrig betrieben, um auf Grund ausführlicher statistischer Erhebungen den Wünschen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber hinhin entgegenzukommen. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, welche wiederholt gefordert wurde, scheint in der geplanten Ausführung auf Schwierigkeiten zu stoßen, da, abgesehen von den größeren Betrieben, die zur Bildung einer Berufsgenossenschaft wohl geeignet sind, die Kleinmeister nach der gegenwärtigen Sachlage eine besondere Organisation vielleicht erfordern könnten. Es ist früher schon die Rede davon gewesen, daß die Behörden Bedenken tragen, die Befugnisse der Berufsgenossenschaften zu erweitern, während es andererseits größeren kommunalen Verbänden sogar gestattet wird, von der Berufsgenossenschaft sich loszulösen, sobald sie für leistungsfähig erklärt werden.“ Unter diesen Verhältnissen wird man trotz mancher Veränderungen im Einzelnen schließlich auch bei der für 1893 geplanten Novelle eine organische Umgestaltung des jetzigen Zustandes wohl nicht annehmen.

* Das Reichsversicherungsamt fällt in einer Reutenstiftsache eine sehr bemerkenswerthe Entscheidung. Im Jahre 1890 bildete eine Anzahl Berliner Sattlergehülfen eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, die in der Chausseestraße eine provisorische Werkstatt eröffnete. Am 13. Dezember 1890 erlitt der Sattlergehülfe Trauner, welcher gleichzeitig Vorsteher der Genossenschaft war, dadurch einen Unfall, daß er beim Anfertigen einer Patronenmaschine mit der Hand unter die Presse gerieth, wobei er sich den Knochen der Hand brach. Als nun Trauner vor der Leberindustrie-Berufsgenossenschaft die Genüherung einer Rente forderte, wies jene ihn aus zweifachen Gründen ab: Einerseits deshalb, weil er gar kein Arbeiter, sondern Direktor der Genossenschaft, also Unternehmer gewesen sei; andererseits, weil zur Zeit des Unfalls der Betrieb, da in demselben weniger als zehn Personen beschäftigt wurden, noch gar nicht versicherungspflichtig gewesen sei. Der Verletzte legte Berufung an das Schiedsgericht ein und dieses verurtheilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente von 10 Prozent. Das Schiedsgericht nahm an, der Kläger sei, da er in der Werkstatt mitgearbeitet und gerade bei dieser Arbeit verunglückt sei, ebenso als Arbeiter anzusehen wie die übrigen Gehülfen. Welche Stellung er sonst gehabt, und welchen Titel er geführt, sei völlig gleichgültig. Ferner würde auch als erwiesen angenommen, daß damals schon mindestens zwölf Arbeiter in der Werkstatt regelmäßige Beschäftigung gehabt hätten. Allerdings seien dieselben, des beschränkten Rahmes wegen, nicht immer alle zugleich in der Werkstatt gewesen, aber das sei auch zur Begründung der

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1891.

So wünschenswert es wäre, wenn wir auch die Ausgabe für Verwaltungskosten in ein Prozentverhältnis zur Jahreserinnahme stellen würden, so müssen wir hier von doch Abstand nehmen. Die in der Tabelle angegebenen Ausgaben für Verwaltungskosten beziehen sich in einzelnen Organisationen nur auf die Hauptkassen, in anderen umfassen sie auch die Summen, welche in den Verwaltungsstellen hierfür verausgabt sind, oder enthalten womöglich auch die Ausgaben für Generalversammlungen, Besichtigung von Kongressen und Konferenzen. Eine Trennung dieser einzelnen Posten ist jetzt nicht mehr gut möglich. Das Bild, welches wir aber bei Berechnung der angegebenen Gesamtsummen erhalten würden, wäre derartig bunt, daß es mehr Verwirrung als Klärung schaffen würde. Wir werden die Verhältnisse der Organisationen bei der nächsten Statistik um genauere Angaben ersuchen und dann nicht unterlassen, festzustellen, wie viel Prozent der Jahreserinnahme für Verwaltungskosten verwandt werden. Wir sind ja überzeugt, daß die Leute, welche den Zentralorganisationen den Krieg schon allein deswegen erklärt haben, weil sie so hohe Verwaltungskosten erfordern, behaupten werden; wir hätten diese Berechnung unterlassen, weil wir damit selbst beweisen würden, daß die Verwaltungskosten in den Zentralvereinen verhältnismäßig ganz enorm höher zu stehen kommen, als in den Lokalorganisationen. Wir gestatten diesen Leuten die Behauptung: Sie haben ja schon Mandatsbescheidungen und werden es auch ferner thun. Allerdings fehlen hier die Beweise, weil wir wohlwollend über die für diese Zwecke in den Lokalvereinen notwendigen Summen nicht orientiert werden. Wenn dies möglich wäre, dann würde sich bald zeigen, daß die Verwaltungskosten für Materialbeschaffung sich in den Zentralorganisationen geringer stellen, als für eine Reihe von Vereinen mit dem gleichen Mitgliederstand. Die persönlichen Verwaltungskosten in der Zentralverwaltung mögen allerdings höher sein, als die Aufwendungen, die hierfür von den Lokalvereinen gemacht werden. Sobald diese aber gleichfalls eine Zentralstelle einrichten, wird das Verhältnis genau dasselbe. Soweit wir eine Uebersicht über die Gewerkschaften haben, können wir konstatieren, daß die Organisationen, welche trotz geringer Mitgliederzahl sich einen besondern Ruf erworben haben, viel günstiger dastehen, als gleich große Organisationen, welche diese Ausgaben sparen zu müssen glauben. Es ist dies ganz natürlich. Wenn ein Arbeiter die Zentrolleistung einer Organisation neben seiner Berufstätigkeit führen soll, so wird er unter keinen Umständen seinen Pflichten so nachzukommen vermögen, als es notwendig ist und wie es von einem Genossen gefordert wird, der seine ganze Kraft der Organisation zu widmen hat. Interessant sind die Berechnungen, welche die kapitalistische Presse über die von uns veröffentlichte Statistik anstellt. So rechnet ein „Hamburger Correspondent“ sich eine Ausgabe für Verwaltungskosten von M. 375 000 aus, was nach seiner Meinung ein Drittel des Mitgliederbeitrages oder M. 2 pro Mitglied und Jahr ausmacht. Dem Manne waren die von uns angegebenen M. 155 676, die sich nach der letzten Berichtigung auf M. 149 948 reduzierten, noch nicht genug. Es muß ja unter allen Umständen etwas gefunden werden, und deshalb nahm er die als Normaljahresausgabe für die Buchdruckerorganisation angegebene M. 210 000 zu den Verwaltungskosten. Daß in dieser Summe die Ausgabe für Streiks, Arbeitslohn und Unterstützung enthalten ist, entzog sich seiner Kenntnis. Uns sind diese Ausstellungen der kapitalistischen Presse mindestens ebenso gleichgültig, als die Behauptungen der Leute, welche stets an den Zentralorganisationen Kritik üben, ohne etwas Besseres mit ihren Organisationen zu leisten. Wir nehmen von der Sache auch nur Notiz, weil diese irrtümliche Berechnung jedenfalls auch in andere Blätter übergehen wird und so schließlich den Arbeitern wieder zu Gesicht kommt. Wir wissen aus Erfahrung, daß die organisierten Arbeiter streng darauf sehen, daß die von ihnen angeführten Beamten nicht zu hohe Gehälter erhalten. Die diesbezüglichen Anordnungen in den Arbeitervereinigungen und auf Kongressen geben uns die Garantie, daß das, was für diese Zwecke ausgegeben wird, auch notwendigerweise ausgegeben werden muß. Zu beschönigen brauchen wir hier also nichts.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat von Anfang an einen rein politischen Charakter getragen und man glaubte in leitenden Parteitreffen, die Kunst, welche die heutige Gesellschaft von der sozialistischen noch trennt, durch die politische Aktion überbrücken oder abströmen zu können. Man legte nicht genügend Gewicht darauf, daß der Gang der gesellschaftlichen Entwicklung ein überaus langsamer ist und überseh es, die Einrichtungen zu schaffen, welche den Arbeiter zu einem fortgesetzten Eifererthum und der unabgesehenen Konsequenz erziehen, wie sie nur der ununterbrochene gemeinsame Kampf um die notwendigen Lebensbedingungen zu erzeugen vermag. Man hielt diese Einrichtungen, die Gewerkschaftsorganisationen, für reaktionär und behauptete, daß die Arbeiter in den Organisationen verstimeln und verflumpen. Die Folge dieser Verläumdung zeigt sich in der Partei selbst. Wir sehen dort, daß ein Theil der Anhänger des Sozialismus zu unklaren Ideen kommt und den Zusammenhang mit der Partei verliert. Neue „Unabhängigen“ sind das Produkt des Irrthums, daß man nicht mit der Gegenwart Schritt zu halten braucht, sondern nur an der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft zu arbeiten habe. Es ist allerdings in den letzten Jahren ein Umschwung der Meinungen eingetreten, aber noch heute sehen wir, wie intelligente Parteianhänger, die leitende Stellen in der politischen Bewegung haben, die Gewerkschaften nur als ein notwendiges Uebel betrachten, als ein ungaranteses Hinderniß, an dessen Erziehung nichts mehr zu bessern ist, denn man ab- und zu-zeitige gute Worte geben kann, um dessen weitere Erziehung nicht sich aber nicht kümmert. Anstatt mit ihrer nicht zu unterschätzenden Kraft für die Gewerkschaften einzutreten, hört man von ihnen die Anforderung, daß die Organisationen erst etwas leisten müßten, ehe man sie anerkennen kann. Wenn wir in dieser Weise fortfahren, über das zukünftige zu Erreichende das zu verfahren, was gegenwärtig erreicht werden kann, dann wird sich die Zahl jener unklaren Köpfe, die nicht einmal auf dem Wege der Gesetzgebung die notwendigen Vorbedingungen für die zukünftige Gesellschaftsorganisation schaffen wollen, vermehren. Es wird nach dem, was wir bisher über die Gewerkschaftsorganisationen gesagt haben, uns von keiner Seite unterzogen werden können, daß wir nur durch die Gewerkschaftsorganisationen wollen über die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen geben. Wir betrachten die Gewerkschaftsorganisationen als den geeignetsten Faktor, die Arbeitermassen fortgesetzt in der Bewegung zu halten und sie zu opferfertigen, ausdauernden Kämpfern zu erziehen. Wir halten dafür, daß hierdurch ein ständiges Eintreten für die Interessen der Arbeiter und nicht nur ein momentanes Aufstehen dieses Interessesamtes erreicht wird. Dies sollte man auch bei den Parteigenossen einsehen, die trotz gefasster Beschlüsse und angenommener Resolutionen, die Gewerkschaftsbewegung noch als ein bedeutungsloses Neben Ding ansehen, das nicht werth ist, ihn ihre Kraft zu weihen. Wie die Erkenntniß der Schwierigkeiten, unter denen die Organisationen heute zu kämpfen haben, die Parteigenossen anregen wird, an diesem Kampfe Theil zu nehmen, so wird die Erkenntniß der Schwäche der Organisationen jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anspornen, für die Ausbesserung der Organisation und deren Befähigung unermüdet thätig zu sein. Wenn wir dies erreichen, dann wäre der Zweck unserer Statistik und der daran geknüpften Betrachtungen erreicht. Wenn auch nicht in nächsten Jahre, weil die wirtschaftliche Krise einem Aufschwung der Gewerkschaften hinderlich ist, so werden wir doch in späterer Zeit durch weitere Statistiken zeigen können, daß die Erkenntniß unserer Schwäche den Trieb zur Kräftigung und Vervollkommenung erzeugt hat. („Correspondenzblatt“).

Die Mairerbewegung in Dänemark. Kopenhagen, Juli 1892. In der letzten Mittheilung ist ein kleiner Fehler unterlaufen, indem in Neudruck der Stundenlohn nicht 25, sondern 30 Derc beträgt, so daß augenblicklich keine Fiktalen vorhanden sind, wo der Lohn unter 30 Derc beträgt. In Kopenhagen ist durch Unterhandlungen mit den Meistern der Lohn auf 33 Derc pro Stunde erhöht und die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich erniedrigt worden; es ist aber sehr wenig Arbeit vorhanden. In Stagselle ist der Lohn ebenfalls auf 33 Derc erhöht worden und der Tarif von allen Meistern unterschrieben mit Ausnahme des Architektens Knud Larsen und ist über denselben die Eperre verhängt worden. Vor Zugang wird gemeldet. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Mairer H. Hansen, per Adresse Landpost, H. Hansen, Stagselle, Markt. Ebenfalls ist die Arbeit eingestellt in Faaborg. Die Gesellen verlangen 33 Derc, in Odense werden Unterhandlungen um höheren Lohn mit den Meistern gepflogen, bis jetzt jedoch ohne Resultat. Sehr wenig Arbeit vorhanden ist in Nyborg auf Falster, sowie in Helsingör, so daß wir vor Zugang abrathen müssen, dagegen ist in Krage reichlich Arbeit vorhanden; in den übrigen Fiktalen sind die Verhältnisse seit unserer letzten Mittheilung unverändert. Am 17. Juli wurde in Randers ein Nachkongress der Mairer abgehalten, auf dem mehrere holländische Städte vertreten waren. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche sich für Anschluß an den Verband ausspricht. Der Hauptvorstand war durch das Vorstandsmittglied A. Andersen vertreten. In den Tagen vom 17. bis 21. August wird der 4. skandinavisches Fachereinstreifer in Malmö in Schweden abgehalten. Der Hauptvorstand hat beschloffen, sich durch den Geschäftsführer F. Hansen vertreten zu lassen. Sollten einzelne Fiktalen wünschen, sich selbstständig vertreten zu lassen, so eruchen wir um rechtzeitige Mittheilung, so daß die Mandate vor rechten Zeit zugandt werden können. Anträge, welche zur Verhandlung kommen sollen, müssen vor dem 4. August beim Unterzeichneten eingereicht sein. -9-

Die Mairerbewegung in Dänemark.

Aus Oesterreich. Wien, 24. Juli. Wie ein österreichischer L. L. Hofarchitekt die Steinbildhauererei beurtheilt, ist wohl werth, in weiteren Arbeiterkreisen bekannt zu werden.

Aus Oesterreich.

Wien, 24. Juli. Wie ein österreichischer L. L. Hofarchitekt die Steinbildhauererei beurtheilt, ist wohl werth, in weiteren Arbeiterkreisen bekannt zu werden.

Bekanntlich haben die Wiener Bildhauer eine Aktion gegen die bei Vergabung der Steinbildhauerarbeiten am neuen Hofburgplatz zu Tage getretene Schmutzkonkurrenz eingeleitet. Sie ermittelten an den Leiter des Baues, den Hofarchitekten Baron Hasenauer, eine Deputation.

Wie man gewöhnlich mit Leuten des vierten Standes verfährt, so that es auch der Herr Baron. „Was wollen Sie denn nun eigentlich“, herrschte er sie bei ihrem Eintritt an, die Arbeiten sind vergeben und da ist nichts mehr zu ändern. Wenn Ihr doch lieber mehr arbeiten wolltet als reden, das wäre auch viel dienlicher. Uebrigens habe ich ja so wie so schon Rücksicht genommen, Herr Banigl erklärte mir, daß er mit seinem Anschlag von 20000 fl. vielleicht nicht gut draus käme, da ihm die Leute schon Schwierigkeiten machen; ich habe dies zur Kenntnis genommen, habe das Offert noch einmal durchgesehen und habe 26400 fl. herausbekommen; dieser Preis ist ihm auch bewilligt worden und glaube ich damit genug getan zu haben. Daß die Arbeit in Regie gemacht wird, gibt es einfach nicht, da muß ich mir erst einen Meister einstellen; und dann die vielen Scheereisen — nein, nein Leute, Banigl hat die Arbeit und damit basta. Uebrigens, danke Sie auch wohl, wie geradezu verrückt Eiere besseren Meister veranlagt haben, so zeige ich Euch hier ein Kapital vom Burgtheater und hier eine Zeichnung von den jetzt vorliegenden Kapitälen; der wievielte Theil ist dies wohl von jener Arbeit? Man studire beides und sagte: „daß das ein zünftiges Dächlein über das Gesicht des Herrn Baron und er sagte: „Seht, dieses hat man mit 390 fl. veranschlagt und jenes hat man mit 360 fl. gemacht, was heißt da nun Gesicht?“ Solche, den wachstümlichen Konkurrenzkampf sehr stark bezeichnende Aeußerungen ließ er noch mehrere fallen, aber wir gehen darüber hinweg und ergöhen uns noch ein wenig an seiner Reden nicht sehr gut gewählten Worten. Er fährt fort: „Es ist nicht schön, wenn ein Bildhauer 4 fl. pro Tag verdient; aber nein, die Herren sind nicht zufrieden, da wird ihnen von so verschiedenen Schreibern das Hirn vergiftet und sie wissen dann nicht mehr, was sie begehren sollen; aber gearbeitet wird nicht — arbeitet zuerst und wenn es dann nicht geht, so läßt sich ja noch reden.“

Eines der Mitglieder der Deputation machte ihn noch aufmerksam, daß die Steinbildhaueri ja nur ein Saisongeschäft ist und daß man, wenn man Arbeit hat, auch soviel verdienen muß, um für die Wintermonate etwas zurücklegen zu können. Und übrigens, das haben wir ja auf jedem gewöhnlichen Bau, wenn man hier nicht mehr verdienen kann, so danken wir für die Burgarbeit. Wir müssen hier etwas verdienen, denn wie bald ist das wieder fertig und wer weiß, wann dann wieder etwas kommt und dann ist es ja ein Monumentalbau, wo wir Zeugnis ablegen sollen von unserm Können.

„Hört mir auf mit Eurer Kunstschwärmerei“, sagt hierauf Oesterreichs Hofarchitekt, „Ihr sagt immer von Kunst, ist denn das Kunst, nach einem Modell etwas in Stein zu hauen? — Das macht mir jeder nicht gar so dumme Steinmetz und wenn Ihr mir überhaupt noch viel vormacht, lasse ich Italiener kommen, die arbeiten gern. Ich lege ohnedies auf die Bildhauerarbeiten nicht so großen Werth; glaubt Ihr denn, daß wir Alles so geht, wie ich will, mir sind auch die Hände gebunden, ich muß eine Zeichnung 3 bis 4 mal umzeichnen, um sie dem Preise anzupassen, es geht einmal nicht anders. Und dann sagt mir einmal, bin ich es nicht immer, der für Euch sorgt, daß Ihr etwas zu thun habt? (Das können andere auch, aber sorgen, daß wir menschenwürdig leben können, das kann eben keiner, selbst der Künstlerbaron nicht). Ihr werdet es noch so weit bringen, wie in Paris, da vermeidet man die Bildhauerarbeiten, weil die Leute eben zu unverschämmt sind in ihren Forderungen; ich kümmerge mich eben noch um Arbeit und verleiht Ihr mir das, dann geht zu, wie Ihr fertig werdet. Ich sage Euch nun, geht heim, redet weniger und arbeitet mehr, wenn Ihr glaubt, hier so einen Miß zu machen, wie bei der Weltanstellung, so habt Ihr Euch eben getaucht, heute ist's anders. Und dann kommen zu mir Leute, die nicht ein Laub machen können, denen ich es lernen muß, aber dann natürlich sind sie Künstler. Seid also vernünftig, merdet mehr die Versammlungen, wo Ihr doch nur Geld verpufft und bleibt Euch dann noch ein paar Kreuzer, so kauft ihr Euch ein Schmierblatt.“

Mit solchen, nicht sehr viel Geist verrathenden Aeußerungen entließ Herr Hasenauer die Deputation. Wir haben aber wieder gesehen, was wir allerdings schon wissen, daß alles Gerede, das man über uns macht, nur ein Geschwätz alter Waisweiber ist. Denn wenn sie einer der ersten Vertreter der heimischen Kunst so über die selbe äußert, dann allerdings muß man annehmen, daß in unserer modernen Gesellschaft es mit der Kunst miserabel ausseht und daß der noble Pöbel überhaupt kein Verständnis dafür hat. Man hat schon Recht, wenn man sagt, die Kunst und alles Schöne verfallener unter dem Joch des Geldhades und der Herr Künstlerbaron hat dies ja selbst ausgesprochen, indem er zeichnen und zeichnen muß, bis es dem Preis angepaßt ist.

Situationsberichte.

Maurer.

Hamburg. In der am 28. Juli stattgefundenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands sprach zum ersten Punkt Herr Bismelburg über „Die Nichtbeachtung der Unfallversicherungsverordnungen durch die Unternehmer und auch einen Theil der Arbeiter.“ Redner gab einen Ueberblick über die seit Bestehen des Unfallgesetzes vorgekommenen Unfälle, aus welchem hervorgeht, daß gerade im Baugewerbe bei Unglücksfällen der größte Prozentsatz von Todesfällen sowie dauernder Arbeitsunfähigkeit zu ver-

zeichnen ist. Er ging dann noch näher auf die Unfälle im Baugewerbe ein und stellte fest, daß die meisten derselben entstanden durch Unterlassungsünden der Unternehmer. Er fordert dann noch auf, alle vorkommenden Unglücksfälle zur Kenntnis der Verwaltung zu bringen, welche das Material sammeln werde, um es bei Revidierung des Gesetzes in geeigneter Form zu verwenden. Die zu diesem Zweck von Herrn Bismeyer beantragte Wahl einer Kommission wurde abgelehnt. Zum zweiten Punkt berichtete Bismelburg über den Maurermeister Lohse, welcher den von ihm bei Abrucharbeiten am Kaiserpeicher beschäftigten Maurern bloß 50 A Stundenlohn bezahlt hat. Die Versammlung sperrt den Bau für Verbandsmitglieder. In Sachen Helbig's wird festgestellt, daß derselbe während des Streiks auf der Seifenfabrik gearbeitet hat. Die Verwaltung wurde beauftragt, Erlaubnisse einzuziehen, ob er jedoch den damaligen Lokalarbeiter innegehalten hat, wenn nicht, sei mit ihm wie mit allen Anderen zu verfahren. Schließlich wurde die Verwaltung noch beauftragt, J. Poppi und Chr. Dörfer zur nächsten Versammlung einzuladen und folgte hierauf Schluß der Versammlung.

Stettin. In der am 20. Juli stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands erstattete zunächst der Kassirer, Herr Werner, den Kassibericht über das verflossene Quartal. Die Einnahmen beliefen sich auf ein Gehalts von M. 150 auf M. 48,60, die Ausgaben betragen M. 46,90, so daß ein Bestand von M. 1,70 verbleibt. Im zweiten Punkt, Stichwahl eines Delegirten wurde Kollege Kersaun in Berlin einstimmig gewählt. Sodann wurde als zweiter Kassirer Kollege Lindenberg gewählt und schloß hiermit die Versammlung.

Neustettin. Am Mittwoch, den 25. Juli, sprach in einer Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands Kollege Eckstein aus Juidau. Redner vertrat es, die Kollegen von der Nothwendigkeit der Organisation in einer Weise zu überzeugen, daß wohl jeder Zweifel ausgeschlossen erscheint, die hiesigen Kollegen würden niemals der Bewegung untreu werden. Für seinen Vortrag erntete der Redner den wohlverdienten Beifall, und wurde die Versammlung nach 2 1/2 stündiger Dauer geschlossen.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 26. Juli, tagte im Vereinslokal eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem der Kassirer Kollege Berninger die Abrechnung verlesen und dieselbe für richtig befunden worden war, erhielt Kollege Frankebach das Wort und führte aus, daß Kollege Haus von Hügel-Wiebelsbach in Frankfurt a. M. in Arbeit stünde, er es der Mühe aber nicht werth befunden, sich einmal im Vereinslokal zu zeigen. Die Kollegen mußten vorfristig sein mit der Wahl, indem wir tüchtige Vertreter zum ersten Verbandstag entsenden müßten. Es sprach sich Kollege Bann im selben Sinne aus und meinte, er hätte die Wahl, wenn sie auf ihn gefallen, doch nicht annehmen können, indem er nächstens von hier abreisen würde. Hieran wurde Kollege Müller-Münberg als Delegirter gewählt. Im Beschiedenen sprachen sich einige Kollegen über die schlechten Schutzvorrichtungen auf den Bauten und schlechten Verbänden aus. Nachdem wurden die Kollegen an die statistischen Erhebungen erinnert und der Bevollmächtigte beauftragt, eine Anzahl Komiten zu lassen. Wegen der Feierabendstunde wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Schwelwig. Am Sonntag, den 24. Juli, Nachmittags 6 Uhr, tagte hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder und Entlassener der Beiträge erledigt war, wurde in der Stichwahl zwischen Fr. Schröder, Neumann und Karl Köhne, Elmshorn, Fr. Schröder, Neumann mit 24 Stimmen als Delegirter zum Verbandstag gewählt. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von M. 13,37, derselbe wurde für die Billothek bestimmt. Kamerad Stegeman fragte an, weshalb zwei andere Revisoren gewählt wären, da seine Zeit als Revisor noch nicht abgelaufen sei. Nach einer ziemlich lebhaften Debatte erklärte sich auf, daß dem Schriftführer ein Verstum unterlassen, indem die Revisoren nur provisorisch gewählt waren. Das Verlesen der Abrechnung vom letzten Quartal wurde zur nächsten Versammlung verschoben. Mit dem Verlesen des „Grundstein“ wurde Kollege Fodermann beauftragt und darauf um 8 Uhr die Versammlung geschlossen.

Eisenach. In der am 22. Juli stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands wurde; nachdem die Kassengeschäfte geregelt und sich zwei neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, die Delegirtenwahl vorgenommen und der Kollege Steinhäuser einstimmig gewählt. Nach diesem wurde das Statut besprochen und beschlossen, zu beantragen, die Revisorenprüfung nach Kilometer auszugeben. Im Beschiedenen beantragte der Bevollmächtigte, zusammen mit den Zimmerern einen Ausflug nach der „Brandenburg“ zu veranstalten, jedoch konnte ein Beschluß hierüber nicht zu Stande gebracht werden. Nachdem der Bevollmächtigte noch in ernstlichen Worten zum Festhalten an der Organisation ermahnt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wandsbeck. Am 26. Juli hielt die Zahlstelle Wandsbeck des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst wurde die Delegirtenwahl vorgenommen. Es erhielt von 60 abgegebenen Stimmen Kollege Bettzüge 56, Kollege Seeländer 4 Stimmen. Hierauf erhielt zum Punkt 2, der wirtschaftliche Kampf und die Arbeiterorganisationen, Herr Emil Fischer aus Hamburg als Referent das Wort. Redner führte in seinem klaren, allgemein verständlichen Vortrage etwa Folgendes aus: Zur Zeit der Rünste seien nicht solche erweiterte Kämpfe ausgefochten worden, wie jetzt. Früher hätte man sich erhardet Handwerksgelelle auf Grund seiner

Kenntnisse Meister werden und als solcher ein behagliches Leben führen können. Heute sei es anders. Als das Kapital zur Herrschaft gelangte, mußte eine große Anzahl Arbeiter, weil sie keine Produktionsmittel hatte, dem Kapital seine Arbeitskraft verkaufen. Nicht aus Humanität oder Menschenliebe beschaffte der Unternehmer Arbeiter, sondern weil die Arbeit Mehrerwerb abwirft und er ein Interesse daran hat, inwiefern möglich aus der Arbeitskraft herauszuschlagen. Um mit der Konkurrenz rechnen zu können, werde an Produktionskosten gelappt, und hierzu biete die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die beste Gelegenheit, weil das Angebot größer sei, wie die Nachfrage. Die Folge sei dann, daß der Preis der Arbeitskraft heruntergesetzt oder die Arbeitszeit verlängert werde. Dies könne auf die Dauer nur schädigend wirken, weil dann dem Körper nicht die nöthige Ruhe und Nahrung geboten werden könne, und es trete mit der Zeit Degeneration ein. Die zielbewußten Arbeiter hätten diese Schädigung längst erkannt und sich, wie auch die Unternehmer, kaltrirt. Weil diese beiden Organisationen aber zwei scharfe Gegensätze bilden, so müsse der Arbeiter mit allen Kräften suchen, die Organisation auszubauen, damit er nicht Amboß, sondern Hammer werde. Mit einem warmen Appell an die Versammlung, auch ihrerseits an der Ausbesserung nach der Parole: „Einer für Alle, Alle für Einen“, mitzugreifen, schloß Redner seinen einständigen Vortrag. Nachdem noch einige Redner im gleichen Sinne gesprochen und auch der Lohnreduzierung des Maurermeisters Lohse-Hamburg Erwähnung gethan, wurde beschlossen, weil die Kassenergebnisse es nicht gestatten, zwei Unterstüthungsanträge anderweitig zu regeln (Sammlungen). Die Kollegen C. Timm, H. Hing, G. Schudik und H. Gossmann wurden, weil sie drei Monate mit ihren Beiträgen restiren, ausgeschlossen. Hierauf erfolgte Schluß um 10 1/2 Uhr.

Hannover. Eine gut besuchte öffentliche Maurer-Versammlung tagte am 26. Juli, unter dem Vorsitz der Kollegen Blinke und Fieste im Saale „Zum König von Hannover.“ In derselben sprach unter lebhaftem Beifall Rechtsanwalter Dr. Cohn über die Reichsgewerbeordnung. Redner hob in seinem Vortrage hervor, daß, während früher die Priester, nachher die Ritter es waren, welche den Fortschritt förderten, es jetzt nur die Arbeiter seien. Nur der Arbeiterpartei, nicht den anderen Parteien sei es zu verdanken, daß Arbeiterchutzgesetze vorhanden wären. Ferner sprach Redner in eingehender Weise über die neuen Bestimmungen des Arbeiterchutzgesetzes, sowie auch der Gewerbegerichte und wies nach, daß alle diese Schutzbestimmungen unzureichend seien, so lange die Produktionsweise nicht geändert und eine gleichmäßige Vertheilung der Güter stattfinde. Hierauf verlas Kollege Bollard die Abrechnung vom Generalfonds; dieselbe ergab einen Kassenerbestand von M. 544,19. Nach diesem wurde mitgetheilt, daß bei dem Unternehmer Zimler ein Stundenlohn von 25—42 A gezahlt würde. Hierauf nahm Kollege Crotche das Wort und wies in überzeugender Rede darauf hin, daß man endlich einsehen müsse, sich zu organisiren; die Lohnzüge müßten uns bald die Augen öffnen, daß wir ohne den Verband nichts erreichen können. Redner richtete einen warmen Appell an Diejenigen, welche sich dem Verband noch nicht angeschlossen, und ersuchte sie, das Verlaumte nachzugeben. Weiter ersuchte er, auf die Krankenbesucher zu achten; Manchem sei M. 1 für Eintritt unberechtigter Weise abgezogen, wofür „kleine Lagen“ getrunken werden. Von den Kollegen Heinrich, Blinke und Lönnig wurde Redner in seinen Ausführungen unterstützt. Sodann forderte Kollege Bollard auf, fleißig zum Generalfonds zu zahlen, da 20 A doch leichter zu zahlen seien, als sich den Lohn um A. 3 kürzen zu lassen. Nachdem dann noch getadelt, daß einige Akkordarbeiter bis Dunkelwerden arbeiten, erfolgte Schluß.

Köln a. M. Am 25. Juli tagte in Kemmer's Lokal, kleiner Griedenmarkt 69, eine öffentliche Maurer-Versammlung, welche aber leider sehr schwach besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl eines Vertrauensmannes. 3. Beschiedenes. In das Bureau wurden die Kollegen Holz als Vorsitzender und Hilbert als Schriftführer gewählt. Zunächst verlas der Vorsitzende einen Brief vom Kollegen Fermann, welcher schon bereits zwei Jahre krank und arbeitsunfähig ist und um eine Unterstüthung nachsuchte, weil er von allen Mitteln entbloßt ist. Im ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Vertrauensmann Zahner die Jahresabrechnung, welche eine Einnahme von M. 78,70 und eine Ausgabe von M. 70,55 aufwies, so daß ein Kassenerbestand von M. 7,95 verbleibt. Der Vorsitzende sprach sich Bedauern darüber aus, daß so wenig Marken abgelegt würden, woran wohl einestheils die schlechten Verhältnisse, andertheils aber auch die Unzeit unter den Kollegen viel Schuld habe. Zur Revision der Abrechnung wurden die Kollegen Franken, Hilbert und Smazlie gewählt und von Ersteren in Vorschlag gebracht, dem Vertrauensmann durch die hier erscheinende Arbeiter-Presse Decharge zu ertheilen, welcher Antrag auch akzeptirt wurde. Im zweiten Punkt, „Wahl eines Vertrauensmannes“, wurde Kollege Franken mit Majorität gewählt, und sprach derselbe den Wunsch aus, die Kollegen möchten sich doch etwas thätiger mit Markenvertrieb usw. zeigen, damit nicht die ganze Arbeit auf einer Person lasse, denn nur durch gemeinsame Arbeit können wir in die Lage kommen, einmal einen kleinen Betrag an die Geschäftsleitung abzugeben. Im Punkt „Beschiedenes“ legte Kollege Holz viele Mißstände klar, die am hiesigen Kanalbau hauptsächlich bei einem Frankfurter Unternehmer existiren. Dieser hat nämlich dem Arbeiter die Arbeit in Akkord übergeben, und derselbe bezahlt die Arbeiter ganz nach seiner Willkür. Er fordert Samstagens eine Summe Geld, und der Unternehmer über, sozusagen gar keine Kontrolle auf ihn aus. Besonders scharf kritisirte Kollege Holz aber auch das Verhalten der städtischen Baubehörde, welche den Unternehmern mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Aber leider sei sie es in erster Linie, welche die Arbeitszeit verlängere und auch nicht die besten Löhne bezahle. Aus all diesen Gründen hielt es der Vorsitzende für angebracht, einen

Bericht in die Arbeiterpresse zu bringen, in welchem die größten Uebelstände hervorgehoben werden. Einige Kollegen erklärten sich bereit, genaues Material hierzu vorzulegen. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende diejenigen Kollegen noch ernstlich, welche dem Verbande noch nicht angehören, baldig beizutreten, denn nur durch eine straffe Organisation könnten und würden wir zum Ziele gelangen. Aber leider können die meisten Kollegen aus ihrer lethargie noch nicht erwachen, sie ziehen es vor, anderen Vereinen z. B. Christlichen Arbeitervereinen usw. beizutreten, in welchen sie allen möglichen Unfug gegen unsere gute Sache vorgepredigt erhalten und so in falschem Wahn hingehalten werden. Anmerk. des Schriftführers.

Leipzig. Am Dienstag, den 19. Juli, fand hier im Saale der „Volkshallen“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 2. Die neuesten Angriffe gegen die Leipziger Maurervereinigung. 3. Unterfützungsgeld. 4. Herbergswesen. Zum ersten Punkte referierte Kollege **Dehner** und zeigte derselbe, in welcher Weise die deutschen Maurer in den vergangenen 9 Jahren bestraft waren, sich eine gute und straffe zentralistische Organisation zu schaffen. Nachdem dies geschehen, bekämpfte eine Anzahl Leute die nun noch junge Organisation, in einer gemeinen, ganz unmotivierten Art und Weise. Es seien dies Leute, welche selbst nicht wissen, warum sie sich zu einem derartigen Handeln verhalten lassen, denn sie haben den Beweis geliefert, daß sie selbst nicht wissen, was sie wollen. Hauptächlich müßten die Beiträge erhalten und werden diese als unerschwinglich bezeichnet. Auch glaubten diese Leute durch geringe Mittel, was bieten zu können, und nur, um sich bei den deutschen Maurern anzuschmeicheln, würden Anträge auf Verminderung der Beiträge gestellt. Das Verhalten des auch hier zu Genüge bekannten Herrn **Sattler** wurde scharf verurtheilt und betonte Redner, daß derselbe ein rein persönliches Interesse verfolge. Redner erkennt an, daß neue Organisationen mangelhafte Statuten haben, jedoch das müsse im Laufe der Zeit abgeändert werden und was als schädigend für die Organisation erkannt wurde, müsse aus dem Statut entfernt werden. Wenn nun verschiedene Herren die Verlegung des Verbands-Sitzes fordern, so sei denselben zu erwidern, daß der Sitz des Verbandes dahin gehört, wo die lokale Bewegung Garantie bietet für das Gedeihen der Organisation, und wo man nicht allzu straffen vereinsgesetzlichen Bestimmungen unterworfen ist. Wenn man ferner behauptet, die Beiträge seien zu hoch, so wege man doch Mittel und Wege anzuzeigen, auf welche Weise die nöthigen Geldmittel zu beschaffen sind. In Leipzig seien die Kollegen in den Vorjahren finanziell bedeutend höher in Anspruch genommen worden, als dies seit dem Bestehen des Verbandes geschehen. Ferner sei hier am Orte die ungleiche Belastung, welche bisher stattgefunden zwischen ledigen und verheirateten Maurern, in Fortfall gekommen. In der nun folgenden Diskussion wurde gewünscht, auch die Extrabeiträge in wöchentlichen Raten zu erheben, um so eine Erleichterung für die Verbandsmitglieder zu erzielen. Beschlossen wurde, daß sich die Leipziger Maurer auf dem Verbandstage durch einen Delegirten vertreten lassen und fällt die Wahl auf Kollegen **Dehner**, als Erstgenannter wurde Kollege **Jacob** gewählt. Zum zweiten Punkt referierte Kollege **Jacob** und wendete sich derselbe gegen die Insinuation von Seiten der Buchdrucker, daß es immer dieselben Personen seien, welche die Verlegung der Buchdrucker, „sportmäßig“ betrieben. Die Buchdrucker seien nicht unschlar und jede Gewerkschaft habe das Recht und die Pflicht, begangene Fehler einer anderen Gewerkschaft zu diskutieren und kritisieren. Gemachte Fehler in die Diskussion zu ziehen, sei Pflicht aller Personen, welche direkt an der Sache theilhaftig gewesen. Nichtig sei der Vorwurf, daß „sportmäßig“ Betreiben der Verlegung der Buchdrucker einfach sinnlos, wenn nicht gar lächerlich. Das hochfahrende Hinweggehen über die Kritik, welche von Seiten der Maurer an den Buchdrucker geübt, wurde scharf verurtheilt. Des Weiteren kritisierte Kollege **Jacob** die Berichterstattung von der letzten öffentlichen Maurerverammlung. Redner wies den in diesem Bericht den Leipziger Maurern gemachten Vorwurf, daß dieselben in Sachen des Auskunfts-Bureaus egoistisch gehandelt hätten, scharf zurück. Hierzu wird folgende Resolution angenommen: „Die heute im Saale der „Volkshallen“ tagende öffentliche Maurerverammlung mißbilligt die Berichterstattung über die letzte öffentliche Maurerverammlung in Sachen des Auskunfts-Bureaus für gewerkschaftliche Streitigkeiten, da dieselbe für die Maurer beleidigend und durch nichts gerechtfertigt ist, da in der Zeit vom 1. Januar 1887 bis 31. März 1892 bei einer Einnahme von M. 86 736,09, M. 85 094,72 verausgabt, wodurch jedoch die Partei in keiner Weise vernachlässigt wurde.“ Zum dritten Punkt theilt **Dehner** als Verwaltungsperiode des Unterfützungsfonds mit, daß von nun an alle Unterfützungsgesuche in öffentlichen Versammlungen diskutiert werden sollen, um nicht der Meinung Vorwand zu leisten, die Verwaltungsperiode handle parteiisch. Ein Unterfützungsgesuch lag vor und wurden zu diesem Zweck die Quittungsarten der gezahlten Beiträge zum Unterfützungsfonds des Betenten vorgezeigt. Es herrschten Zweifel, ob die Quittungsmarken Eigen- thum des Betenten seien? Beim ersten Vorlegen der Karten im Verkehrslokal seien nur Karten bis zum Jahre 1889 vorgezeigt worden, und heute lägen solche bis zum Jahre 1891 vor. Ein Antrag fand einstimmige Annahme, nach welchem dem Betenten eine Unterfützung zu gewähren ist, nach Maßgabe der gezahlten Beiträge, und die Auszahlung der Unterfützung der Verwaltungsperiode überlassen bleibt. Zum vierten Punkte theilte **Jacob** mit, daß aus den Gewerkschaften, welche mit den Maurern im „Reinlichen Hof“ verkehren und zugleich auch ihre Herberge dort aufgeschlagen haben, eine Kontrollkommission gewählt werden soll. Diese soll darauf sehen, daß der Wirth seinen eingegangenen Verpflichtungen, den Gewerkschaften gegenüber, nachkommt. Insbesondere soll die Kontrolle sich auf die Reiten und verabsorgten Nahrungsmittel erstrecken. Es sei dies notwendig, um üble Nachreden zu vermeiden, daß man

in Leipzig nicht im Stande sei, Ordnung im Verkehrs- und Herbergslokal zu halten. Gemäßt wurden in diese Kommission die Kollegen **Siegel** und **Falob**. Nach einem warmen Appell an die Kollegen, kräftig für den Verband einzutreten, erfolgte Schluß der Versammlung. **Wormberg.** Eine schwach besuchte Maurerverammlung tagte am 24. Juli im hiesigen Lokale mit der Tagesordnung: 1. Der Werth des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Nach einem einleitenden Vortrage wurde von sämtlichen Anwesenden beschlossen, für die Aufrechterhaltung der Zahlstelle mit aller Kraft einzutreten, und wurden 14 neue Mitglieder in den Verband aufgenommen. Sodann wurde an Stelle des bisherigen Bevollmächtigten Kollege **Bech** gewählt. Weiter wurde beschlossen, alle 14 Tage regelmäßig Mitgliederversammlungen abzuhalten und zwar an den Sonntagen von dem 1. und 15. im Monat.

Reichenbach. Die am 17. Juli stattgefundenen Maurerverammlung erregte sich eines guten Besuchs sowohl inländischer, als auch ausländischer Kollegen. Ein Vortrag über „das Solidaritätsgesetz“ und das Vereinigungsrecht der Arbeiter“ fand guten Anklang. Ein Antrag, zu allen großen Versammlungen durch Plakate, welche in lateinischer Schrift hergestellt, sein müssen, zuzulassen, wurde angenommen, damit den böhmischen Kollegen, welchen die lateinischen Schriftzeichen gefälliger zu lesen sind, mehr Gelegenheit geboten sei, unsere Versammlungen zu besuchen. Ferner wurde beschlossen, am 31. Juli einen Ball in der „Weise“ abzuhalten und **W. Dorfel** mit der Leitung dieses Festes betraut. Vieraugen die Kollegen mit dem Bewußtsein, eine prächtige Versammlung erlebt zu haben, auseinander.

Danzig. In einer am 21. Juli tagenden öffentlichen Maurerverammlung, welche unter Leitung der Herren **Wenneke**, **J. Groth** und **Kirkowski** stattfand, hielt der Kollege **S. P. S.** aus Jüdinan einen Vortrag. Redner kritisierte die Mißstände im Baugewerbe und führte den Nachweis, daß selbige nur durch das Zusammenwirken aller theilhaftigen Arbeiter beseitigt werden können. Die nach dem Vortrage sich sehr lebhaft entwickelte Diskussion mußte der vorgeordneten Zeit halber abgebrochen werden, und wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Maurerschaft geschlossen. Am 22. Juli fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der ebenfalls Kollege **S. P. S.** referierte. Sein lehrreicher Vortrag über die verschiedenen und zweckmäßigsten Organisationsformen fand reichen Beifall und gab Anlaß zu einer regen Debatte. Auf Antrag des Herrn **S. P. S.**, Zimmerer, wurde sodann beschlossen, ein Gewerkschaftsrath zu bilden, und wurden in dasselbe neun Personen gewählt. Da es mittlerweile 11 Uhr geworden, wurde der Wirth von dem übernehmenden Beamten aufgefordert, das Restaurant von Getränken zu unterlassen, welches zur Folge hatte, daß der Wirth, „Freierabend“ gebot und die Versammlung geschlossen werden mußte. Ein Schaden ist uns dadurch nicht zugefügt, denn was zur Erledigung kommen sollte, wurde ohnehin erledigt.

Kolberg. Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw., Zahlstelle Kolberg, fand am 24. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn **Wesföhrdt** statt. Nachdem sich zwei Kollegen hatten aufnehmen lassen, wurde zur Wahl eines Delegirten geschritten. Da von der Wahlkommission nur ein Kollege anwesend war, mußten noch zwei Kollegen zugewählt werden, diese waren die Kollegen **E. Kistow** und **H. Blant**. In der Stichwahl wurde Kollege **K. P. K.** mit 74 Stimmen zum Delegirten gewählt. Im dritten Punkt verlas der erste Kassirer, Kollege **Blant**, die Abrechnung vom vierten Quartal, welche für richtig befunden wurde. Die Einführung eines Arbeitsnachweises wurde für nicht nöthig erachtet, da einestheils der Fremdenverkehr hier kein so großer ist und andererseits die hiesigen Gelehen von einem Meister zum anderen verschickt werden. Im fünften Punkte wurde ein von einem älteren Kollegen, der bereits acht Wochen außer Arbeit ist, eingereichtes Gesuch um eine Sammlung mit Majorität bewilligt. Es meldeten sich die Kollegen **A. Waslow** und **H. Timm** freiwillig, diese Sammlung vorzunehmen. Da im Punkt „Verchiedenes“ nichts Besonderes vorlag, war um 4^{1/2} Schluß der Versammlung.

Wilschensburg. Am 21. Juli tagte im Lokale des Herrn **Gerdts** die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verchiedene Angelegenheiten. Zunächst machte der Bevollmächtigte bekannt, daß Kollege **Güntehad**, welcher ausgeschlossen gewesen ist, jetzt wieder aufgenommen worden sei, da er seine rückhängigen Beiträge bezahlt habe. Dann wurde die revidirte Abrechnung vom Kassirer verlesen und von der Versammlung für richtig anerkannt. Im zweiten Punkte machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die zwei Kollegen, welche bei dem Meister **Knußner** arbeiten und nur 50 % Lohn die Stunde bekommen haben, seit 60 % pro Stunde bestimmen und die Sache somit geregelt ist. Redner forderte die Versammlung auf, die hier arbeitenden Kollegen, welche unserer Zahlstelle noch nicht beigetreten, heranzuziehen. Dann wurde noch von dem Kollegen **Wengach** angeführt, daß beschlossen sei, die statistischen Bücher bei den Thierkontrollen vorzuziehen, dieses bis jetzt aber noch nicht geschehen sei. Der Bevollmächtigte machte bekannt, daß jedes Mitglied verpflichtet sei, sein Verbandsbuch und das statistische Erhebungsbuch mitzubringen und bei den Thierkontrollen vorzulegen, da die Ausführung der statistischen Erhebung von großem Nutzen sei. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Stettin. Am Mittwoch, den 27. Juli, fand eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandter Berufsgehilfen statt. Nachdem die Erhebung der Beiträge erledigt, sprach Kollege **Leisch** den Wunsch aus, die Verwaltung würde die Namen der neuen Mitglieder verlesen. Dem Wunsche wurde entsprochen. Sodann wurde zur Stichwahl geschritten und Kollege **P. P. P.** in die Wahlkommission gewählt. Kollege **Meichert** als unser

Kandidat, ver sprach seine Pflicht zu thun und das zu bewirken suchen, was er sich zur Aufgabe gemacht habe; ob es ihm gelingen werde, konnte er nicht versprechen. Kollege **B. B. B.** machte die Kollegen aufmerksam, daß sie nicht glauben möchten, daß in den kleinen Städten Thunmläufige seien. Kollege **Viedtke** meinte, in einer Großstadt wären die Kollegen geschulter wie in einer kleinen Stadt, worauf Kollege **Leisch** erklärte, daß der Kollege **K. P. K.** ein tüchtiger Kollege sei. Sodann wurde zur Wahl geschritten und wurde Kollege **Meichert** mit 53 Stimmen als Delegirter zum Verbandstage gewählt. Der Kollege **K. P. K.** erhielt 2 Stimmen und eine Stimme war unglücklich. Sodann wurde zur Neuwahl eines Kassirers geschritten. Kollege **Meichert** fand es sonderbar, daß der Kollege **S. T. A. N. G.** sein Amt niederlegen wolle, da seine Thätigkeit noch kein Jahr gedauert habe. Da nun von verschiedenen Kollegen das Amt abgelehnt wurde, erklärte auf Antrag des Kollegen **Viedtke** sich der bisherige Kassirer bereit, das Amt weiter zu verwalten. Kollege **K. P. K.** führte an, bei dem Bauunternehmer **Carl Schröder** in **Worff** gearbeitet zu haben, wo ihm aber sein verdienter Lohn nicht gezahlt wurde. Er habe gegen denselben eine Klage angestrengt und habe dieselbe eine Anzahl durchgemacht, er habe aber noch nicht sein Geld. Der Unternehmer habe gemeint, nun erst recht wolle er dem Kläger die Sache zu Wasser machen. Kollege **Viedtke** führte im „Verchiedenen“ an, so lange er in Stettin sei und Versammlungen besucht habe, sei die Vollfrage erledigt worden. Er erwünscht den Kollegen, nur das Wahlsitzlokal zu besuchen. Ferner führte der Bevollmächtigte an, mit Herrn **S. P. S.** gesprochen zu haben und habe derselbe erklärt, den „Grundstein“ an die Mitglieder gegen eine Vergütung von 20 % der Monat befragen zu wollen. Ferner erklärte Kollege **Viedtke**, nicht, wie es in dem Bericht im Nr. 27 des „Grundstein“ heißt, gesagt zu haben, mit einer kleinen Steuer sei eine starke Organisation zu schaffen, sondern er habe auf dem achten Kongress für Herabsetzung der Beiträge gestimmt. (In dem noch im Original vorhandenen Manuskript heißt es wörtlich: „Kollege **Viedtke** ist der Meinung, es gehe nicht mit einer kleinen Steuer, die Organisation zu stärken.“ S. 10.) Ferner ist noch zu berichten, daß Kollege **Meichert** nicht mit 30, sondern mit 50 Stimmen bei der ersten Wahl gewählt worden ist.

Härstadt. Zum zweiten Male hatten es die Mitglieder Wiesbadens versucht, in Begleitung ihrer Referenten **H. Mederich** aus Mainz und Kollegen **W. D. S.** Wiesbaden den hiesigen Kollegen klar zu legen, wie notwendig es sei, sich dem Zentralverbande anzuschließen. Die zu diesem Zweck am 24. Juli, Nachmittags 4 Uhr, einberufene Versammlung war leider sehr schwach besucht. **H. Mederich** referierte eine volle Stunde über den wirtschaftlichen Niedergang und die in unserer Stadt voraussetzenden Uebelstände in kommender Bauperiode. Allgemeiner Beifall und Bravo wurden ihm gezollt. Nachdem ergriff Kollege **W. D. S.** das Wort und erläuterte den Nutzen und Zweck des Verbandes; er besprach die jetzige Arbeitslosigkeit, tadelt das verwerfliche Submissionswesen, indem ein hiesiger Meister, früher Schneider oder Metzger vom Geschäft, eine städtische Arbeit bis auf's Minimum abgegeben und nun an drei Maurer im **Worff** vergeben hat, welche nun in Gemeinschaft mit bei ihnen in Arbeit sitzenden Kollegen das Fell zu Markte tragen, was ihnen auch nicht schade. Er ermahnte die Anwesenden, sich nicht auf andere Kollegen zu verlassen, um dann an dem sauer und schwer Erzeugenen theilzunehmen. Auch ihn belohnte ein schallendes Bravo. Zum Schluß versprachen die Kollegen, für Theilnahme an dem Verband Sorge tragen zu wollen und traten 4 Mitglieder bei. Da sich Niemand mehr zum Worte meldete, so schloß Kollege **R. H. H.** als Vorsitzender die Versammlung. Die Kollegen verließen dann noch längere Zeit in gutem Einvernehmen bei einem Glase Bier zusammen.

Krankenkassenberichte.

Eine ordentliche Mitgliederversammlung der Zentralfrankenkasse der Maurer, Steinbauer usw. Deutschlands, Filiale Berlin, fand am Sonntag, den 24. Juli, statt. Es wurde zunächst der alljährlich auszuführende Theil der örtlichen Verwaltung gewählt und zwar: **M. K. H.** als erster Bevollmächtigter, **M. F. F.** als zweiter Kassirer und **F. S. H.** als erster Schriftführer. Der Kassirer verlas hierauf die Abrechnung des zweiten Quartals 1892 und ergiebt dieselbe eine

Einnahme von	M. 29 036,87
Ausgabe	23 214,10
Reicht Bestand am 1. Juli 1892	M. 5 822,77

Die Nichtigkeit der Abrechnung wurde von den zwei anwesenden Revisoren bestätigt, worauf die Versammlung dem Kassirer Decharge ertheilte. In Revisoren wählte die Versammlung folgende Mitglieder: **A. K. A. H.**, **K. A. F. M.** und **A. H. H.** etc. Hierauf schloß der Versammlung.

Hannover. Am 28. Juli tagte unter dem Vorsitz des zweiten Bevollmächtigten, Kollegen **T. F. F.**, eine Mitgliederversammlung der Zentralfrankenkasse der Maurer usw. In derselben erstattete der Vorsitzende Bericht von der Generalversammlung. In der Diskussion führte Kollege **B. K. F.** an, wenn uns auch das Fortbestehen einverlei, so müßten wir doch an der Kasse festhalten, welche wir mit so vielen Opfern hoch gebracht haben, während Kollege **H. H. H.** meint, mit der Zeit würden wir doch den Todesstoß erhalten. Nach diesem legte Kollege **B. K. F.** die Abrechnung vor, welche für richtig befunden wurde. Hierauf erfolgte die Wahl der auszuführenden Mitglieder der örtlichen Verwaltung, außerdem wegen Fortzugs die Wahl des 1. Bevollmächtigten und 1. Schriftführers. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Kollege **T. F. F.** gewählt. Jedoch stellten sich bei der Wahl des 1. Kassirers so große Schwierigkeiten heraus, daß der neu gewählte Bevollmächtigte dem Drängen der Mitglieder nachgab und sich bereit erklärte, den Posten eines Kassirers zu verwalten. Das Resultat gestaltete sich folgendermaßen: 1. Bevollmächtigter **T. F. F.**; 2. Bevollmächtigter **T. F. F.**;

1. Kassierer Tietze; 1. Schriftföhrer Gumpert; 2. Schriftföhrer Barmann; Revisoren: Schwärz, Hennig und Böttcher. Nachdem dann noch der Festauschuss und das Komitee zu dem am 7. August stattfindenden Vergnügen gewählt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig-Neuditt. Eine ordentliche Verammlung der Mitglieder der hiesigen örtlichen Verwaltungsstelle der Zentral-Krankenkasse der Maurer in Deutschland „Grundstein zur Einigkeit“ fand am 30. Juli statt. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal 1892 und wurde die Richtigkeit derselben von den Revisoren bestätigt, worauf der Kassierer entlastet wurde. Sodann erfolgte die Wahl der örtlichen Verwaltung. Als Bevollmächtigter wurde Baumberger wiedergewählt, ebenso die bisherigen Kassierer und Schriftföhrer. Als Revisoren wurden der bisherige erste Revisor, sowie zwei andere Mitglieder gewählt. Ammter verlas der Bevollmächtigte den Bericht im „Grundstein“ über die letzte ordentliche Generalversammlung und sprach derselbe sein Bedauern über die Mäße des Berichtes aus; derselbe biete den Verwaltungen keinen Anhalt über ihr Verhalten bis zum Inkrafttreten des neuen Statuts. (Der Bericht enthält die wichtigsten Beschlüsse der Generalversammlung und zwar, wie aus von Theilnehmern der Generalversammlung bestätigt wird, in ganz korrekter Weise. Mehr zu bringen, waren wir nicht in der Lage und müssen wir daher auf das jedenfalls in nächster Zeit erscheinende Protokoll verweisen. Die Red.) Die gezahlten Diäten wurden für zu hoch angesehen und spricht die Verammlung ihre Mißbilligung darüber aus. Zu diesem Punkt wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der hiesigen Leipzig-Neuditt protestiert gegen den Beschluß der achten Generalversammlung und spricht ihre Mißbilligung über die Höhe des Diätenatzes aus. Die Verammlung erachtet einen Satz von M. 5 pro Tag nebst freier Fahrt und dem ordentlichen Tagelohn für vollständig hoch genug und der Zeit entsprechend.“ Es soll hiermit eine Diskussion über diesen Beschluß angeregt werden, damit die verschiedenen Zählstellen ihre Ansicht über denselben kund geben, um in Zukunft Verwahrung einzulegen gegen eine derartige hohe Auszahlung der Diäten.

Eingekandt.

Aus Weichenbach i. B.

Welche Organisation vengendet das Geld? Eine Lokalorganisation existirt in unserer Nachbarstadt Mhlau und alle Mäße, dieselbe dem Zentralverband der Maurer Deutschlands um zuzuföhren war bisher leider erfolglos, indem die Mehrzahl dieser Mitglieder behauptet, daß das an die Hauptkasse abzuführende Geld zum Fenster hinausgeworfen, also mißbraucht werde.

Die sparlich man nun in einer Lokalorganisation mit dem Gelde umzugehen versteht, hat Mhlau in treffender Weise zu illustrieren verstanden, indem die dortigen Kollegen den Ueberfluß ihres jüngst abgehaltenen Stiftungsfestes, welcher doch nur aus dem Munde der Arbeiter abgedarbt worden bestand, für die Restaurierung eines alten, seinem Verfall entgegengehenden Ritterhofes bestimmte. Und wie viel Fälle ähnlicher Art mögen in verschiedenen anderen Orten vorkommen, wo den Kollegen ebenfalls solcher Wohl von der Verwahrung des Geldes usw. vorgelegt wird, um sie von dem Anstichle an den Verband abzuhalten, damit aber auch gleichzeitig von der richtigen Anwendung ihres fauer verdienten Geldes. Wächten die Kollegen doch endlich zur Einsicht kommen und sich dem Zentralverbande anschließen, welcher nur ein Interesse und ein Ziel kennt, nämlich mit dem mißsam erworbenen Geldern die Lage der Kollegen zu verbessern, nicht aber dazu, um alte Ritterhöfe aufzuführen, deren gänzlichen Verfall Feder mit Freunden begrüßt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist soeben das 44. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Kapitalistische Agonie. — Kautz für Deutsch-Ostafrika. — Das „Lohnsüßer“ (Münchener). — Aus dem großen Schulbuch. Von Gustav Hoch. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton: Duple Mächte. Roman von Elise Langer. (Fortsetzung.)

Wir erhalten soeben Heft 15 des Vieserungswerkes: „Die deutsche Revolution, Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849“ von Wilhelm Bloß. (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag.)

Das vorliegende Heft schildert die durch die Volkserhebung in Wien veranlaßte Abdankung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung dessen Neffen, Franz Josef I. Ferner wird in einem interessanten Kapitel der Staatsstreik in Preußen beschrieben. — An Illustrationen enthält das Heft: Johann Jacoby vor Friedrich Wilhelm IV., Wrangel und die Bürgerwehr vor dem Schauspielhause in Berlin, sowie zwei getreue Nachbildungen des ungarischen Revolutionsgedes, den sogenannten „Kolluth-Voten“. Desgleichen gelangen die Porträts von Julius Fröbel, Franz Josef I., Viktor von Arnau, Minister von Mantuffel, Karl d'Estier und Louis Napoleon in diesem Hefte zum Ausdruck.

Das Wert wird in 21 Vieserungen à zwei Bogen Großformat komplett vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfennig.

Nicht ohne Werth für die Landagitation sind die Wald-, Sommer- oder Stiftungsfeste, wenn sie, von gutem Wetter und geschicktem Arrangement begünstigt, auf dem Lande abgehalten werden. Ein lebendiges Wort, in schöner Form an richtigen Ort und zur richtigen Zeit gesprochen, wirkt oft mehr als Prosa. Hierzu eignet sich vorzüglich das vor kurzem erschienene Buch des Genossen M. Wittich: „Gelegenheits-

gedichte und Prologe für Arbeiterfeste. Mit einem Anfang: Winte für Redner. (Verlag von W. Ernst in München, 15 S.) Festgedichte zu allen Festesgelegenheiten für alle Fach- und Bildungsvereine sind hier vereinigt und das Beste: Diese Gedichte sind von einem tiefen Gehalte, Wohlklang der Sprache und von einem Humor durchdrungen, daß wir uns keine bessere wünschen könnten. Die Winte für Redner am Schluß bilden für alle Genossen einen werthvollen Anhang.

Dr. S. Luz, „Sozialpolitisches Handbuch“. 2. XVIII. und 336 Seiten. Preis gebunden M. 1,50, elegant gebunden M. 2.— (Auch in 5 Vieserungen à 30 S.) Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, Berlin NW. 1892.)

Es ist eine bekannte Tatsache, daß selbst leiblich gewandte Agitatoren nicht selten durch Anführung tendenziös zugespitzten Thatsachenmaterials von Gegnern in die Ecke getrieben werden, obwohl doch in zahlreichen Schriften unserer Literatur beweiskräftiges Material genug offen am Wege liegt. Auch fehlt den Redateuren unserer Presse ein geeignetes Nachschlagewerk, in welchem sie sich bei Viesprechung politischer und ökonomischer Fragen leicht Rath holen können. Mit dem „Sozialpolitischen Handbuch“ hat nun der Verfasser unter Anführung reichen statistischen Materials ein gebrängtes Kompendium geschaffen, in welchem Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte, ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können. Eine leistungsfähige Anordnung des Stoffes hat sich nicht herstellen lassen, da viele Wiederholungen entstanden wären; so hat denn der Verfasser seine Aufgabe durch einen organischen Aufbau des sozialdemokratischen Lehrgebäudes zu lösen versucht und den Inhalt des Textes durch am Rande mit demselben gleichlaufende Stichworte markirt, die sich in einem sorgfältig gearbeiteten alphabetischen Sachregister wiederfinden. Das Buch wird seinen Zweck erfüllen und wünschen wir ihm in Genossenkreisen gute Aufnahme.

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von F. Guttentag in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 3. Einzelnummern 25 S. Erschienen ist Nr. 30.

Mit unsere Leser in den östlichen Provinzen Preußens.

Von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist ein an die Arbeiterchaft obiger Provinzen gerichtetes Flugblatt herausgegeben. Dasselbe ist in einer Jedem verständlichen Sprache abgefaßt und legt in warmen Worten den Arbeitern nahe, daß sie Hilfe, um aus ihrer traurigen Lage herauszutommen, keineswegs von anderer Seite zu erwarten haben. Es fordert die Arbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation auf und fordert die Theilnahme an den Versammlungen. Die Generalkommission giebt in demselben ferner die Zusicherung, in allen Fällen Rath und Auskunft ertheilen zu wollen, sowie ferner in den abzuhaltenden Versammlungen Referenten zu entsenden, welche die Viesprechungen der Arbeiter klarlegen. Anfragen dieserhalb sowie Viesellungen bezüß der Erlangung der Flugblätter sind an C. Legien, Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, 1. St., zu richten. Wir wollen nicht verhehlen, unsere Freunde auf dieses Flugblatt aufmerksam zu machen, und bitten sie, für die möglichst weiteste Verbreitung desselben Sorge zu tragen.

Die Redaktion des „Grundstein“.

Briefkasten.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 18 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des „Grundstein“.

Leipzig-Neuditt, D. Wir können uns von Ihnen in unsere Redaktionsgeschäfte nicht hineinreden lassen. Eisenach. Für Ihren Brief mußten wir 20 S. Straßporto zahlen.

Hamburg, Z. In Berlin werden die Facaden mit Kalk, dem Gips zugefügt wird, gepußt.

Abrechnung

des vom 10. April bis 5. Juli stattgefundenen Streiks der Maurer in Laueburg a. E., Zählstelle des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Einnahme

Von der Hauptkasse durch Wilbrandt. M. 945,—
„ Mitgliedern der Zählstelle Laueburg. „ 1198,20
„ S. Schumacher (Hamburg). „ 3,—
„ dem Festkomitee der diesjährige Maifeier. „ 20,—
Auf: Sammellisten 1, 2 und 3. „ 14,50
Von den röhren Brüdern Gestant. „ 25,50
Summa M. 2206,20

Ausgabe

Für Unterstützung an sich im Streit befindliche Mitglieder. M. 1942,85
„ Reiseunterstützung an Mitglieder der hiesigen Zählstelle. „ 4,50
„ zugereiste Mitglieder an Reiseunterstütz. „ 54,75

Für Unterstützung an hilfsbedürftige Mitglieder. M. 54,—
„ Vergütung der Streikkommission. „ 70,—
„ fünf Reisen betrefß des Streiks nach Laueburg und Hamburg. „ 9,80
„ Annoncen. „ 5,80
„ Porto und Schreibmaterial. „ 6,10
Summa M. 2147,50

Bilanz

Einnahme. M. 2206,20
Ausgabe. „ 2147,50
Bestand. „ 58,70

Die Streikkommission: Franz Wegner, August Peters.

Der Bevollmächtigte: Aug. Beed.

Revidirt und für richtig befunden von den Revisoren C. Lohndardt, J. Lange.

Allen Freunden, die uns in diesem Lohnkampfe unterstützt haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Abrechnung

für das vierte Quartal

des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Sitz Hamburg.

Einnahme in den Zählstellen.

Kassenbestand vom dritten Quartal. M. 1861,48
An Eintrittsgeldern. „ 1403,50
„ wöchentlicher Beiträge. „ 1897,60
„ Extra-Beiträgen. „ 7623,70
„ sonstigen Einnahmen. „ 15,05
„ Zuschuß von der Hauptkasse. „ 1895,—
Summa M. 26775,03

Ausgabe in den Zählstellen.

An die Hauptkasse abgekandt. M. 17205,34
Für lokale Ausgaben. „ 4221,55
„ Reiseunterstützung. „ 12,—
„ Rechtschutz. „ 209,60
„ Unterstützung nach § 1 e, Streit und Maßregelung. „ 1983,43
„ Prozenkte zu viel verbraucht. „ 29,32
„ sonstige Ausgaben. „ 2,—
Aus Viegniß im dritten Quartal eingekandt. „ 17,27
Unterschlagen in Hannover von dem früheren Kassierer Goldhammer. „ 168,24
Kassenbestand in den Zählstellen. „ 2926,28
Summa M. 26775,03

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom dritten Quartal. M. 232,06
An Eintrittsgeldern. „ 11,—
„ wöchentlicher Beiträge. „ 105,80
„ Extra-Beiträgen. „ 45,20
Aus den Zählstellen eingekandt. „ 17205,34
An sonstigen Einnahmen. „ 82,50
Summa M. 17651,60

Ausgabe der Hauptkasse.

Für verschiedene Drucksachen an Auer & Co. M. 17,—
„ Zählstellen-Stempel nebst Zubehör. „ 89,30
„ das Fachorgan („Der Grundstein“) 2. Quartal. „ 5282,55
„ Quartals-Beitrag an die Generalkommission. „ 874,25
„ Unterstützung. „ 80,—
An den Generalsbevollmächtigten der Maurer Deutschlands. „ 3000,—
Für Beamtingehälter für 3 Monate. „ 960,—
„ Zuschuß an örtliche Verwaltungen. „ 1895,—
„ Reise und Diäten anläßlich der Streiks in Cöslin und Laueburg. „ 95,55
„ Agitation. „ 25,20
„ Bureauentlaste. „ 86,25
„ Gerichtskosten. „ 6,40
„ Vorstandssitzungen. „ 66,40
„ Gemeinschaftliche Sitzungen des Ausschusses und Vorstandes. „ 249,40
„ Zuschuß an den Ausschuß. „ 20,—
„ Revision. „ 54,50
„ Buchbinderarbeiten. „ 33,90
„ Bureaureinigung und Feuerung. „ 38,10
„ Zeitungsabonnement und Verschiedenes. „ 21,15
Per Dank belegt. „ 4925,70
Porto: Packet-Verband. M. 39,15
Briefporto, Kreuzbandsendungen und Plakate. „ 114,86
Bestellgeld. „ 14,—
Straßporto. „ 5,80
Geldsendungen. „ 4,05
Summa M. 17447,51

Bilanz

Einnahme. M. 17651,60
Ausgabe. „ 17447,51
Kassenbestand. „ 204,09

Folgende Zählstellen haben nicht abgerechnet: Bromberg, Bittow, Gelsenkirchen, Gadersleben, Gronow, Reutadt i. Schl., Oberhanseln-Ströhm, Offenbach, Rosen, Rostleben, Stendal, Verden, Nießa Vertrauensmann, Zwickau Vertrauensmann.

Zählstellen bestanden am Schluß des Quartals 140 und betrag in denselben die Mitgliederzahl 18498.

J. Wilbrandt, Kassierer.

Revidirt und für richtig befunden von den Revisoren: Th. Bömelburg, Hamburg; C. Weniger, Hamburg; J. Beed, Altona.

